

# Landtagsbeilage zur Sächsischen Staatszeitung

Nr. 29.

zu Nr. 44 des Hauptblattes.

1927.

Beauftragt mit der Herausgabe Regierungsrat Braune in Dresden.

## Landtagsverhandlungen.

(Fortsetzung der 15. Sitzung  
von Mittwoch, 16. Februar 1927.)

Abg. Lippe (Fortsetzung).

Wenn man weiter hört, daß der Anteil Sachsens an der Ausführung der deutschen Wirtschaft 30 Proz. beträgt, so ergibt sich im Gesamtlichen der deutschen Wirtschaft die außerordentlich hohe Bedeutung einer blühenden sächsischen Wirtschaft für das engere wie für das weitere Vaterland. Diese Zahlen zeigen aber auch, daß die Forderung, die die sächsische Wirtschaft erhoben und die wir in unserem Antrag Nr. 30 gestellt haben, bei Verabschiedung des Gesetzes über den endgültigen Reichswirtschaftsrat nach einer regionalen Vertretung der sächsischen Wirtschaft unbedingt nur zu gerechtfertigt ist.

Eine kleine Bemerkung: Das Weltwirtschaftsinstitut an der Handelshochschule in Leipzig befindet sich, wie aus einer Entschlüsselung, die am 3. Februar in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ erschienen ist, hervorgeht, in außerordentlich bedrückter Lage. Wir würden es dankbar begrüßen, wenn es im Rahmen der haushaltplanmäßigen Mittel des diesjährigen Haushaltsplanes möglich wäre, diesem Institut — es kommt nur ein geringer Betrag in Frage — unter die Arme zu greifen und damit der sächsischen Wirtschaft einen außerordentlich großen Dienst zu erweisen, der weit über das hinausgehen wird, was finanziell an Unterstützung verlangt wird.

Wird nun eine Wirtschaft, wie die sächsische, in einem unerträglich Maße steuerlich überlastet, so muß ein solcher Umstand selbstverständlich außerordentlich schwere Auswirkungen auf die Arbeitsmöglichkeiten der sächsischen Wirtschaft haben. Ist sich nun jemand über die sächsische Stellung zur Weltwirtschaft im klaren, so wird er mir zugeben müssen, daß die Forderung, wir müssen durch Anziehen der Steuerkrawatte den Versuch machen, die Unterbilanz im Haushalt auszugleichen, unmöglich ist.

Der Anteil Sachsens an der deutschen Erwerbslosigkeit hat im vergangenen Jahre dauernd zwischen 10 und 11 Proz. der deutschen Erwerbslosigkeit geschwankt. Er betrug am 1. Januar dieses Jahres 11,6 Proz. und 10,7 Erwerbslose waren auf je 1000 Einwohner in der sächsischen Bevölkerung zu verzeichnen. Arbeitsbeschaffung ist der beste Weg zur Besserung. Die Arbeit hat den besten Sinn nur dann, wenn sie volkswirtschaftliche Werte schafft, durch deren Schöpfung und Erschaffung Arbeitsplätze für die Wirtschaft erzielt werden. Notstandsarbeiten im heutigen Sinne genügen dieser Forderung bei weitem nicht. Die Werte, die geschaffen werden müssen, müssen Einfluß nehmen auf die Gestaltung der deutschen Handelsbilanz und damit die Möglichkeit schaffen, die einzufließenden Rohstoffe für unsere heimische Industrie und den Zufluß an Lebensmitteln, dessen wir bedürfen, einzukaufen im Wege des volkswirtschaftlichen Austausches. Eine weite Steuerpolitik muß Rücksicht darauf nehmen, daß die Kapitalneubildung in einer Zeit nach der Revolution unbedingt erforderlich ist. Ertragsteuern, wie sie von mir gefordert wurden, bleiben immer und immer wieder befruchtend für die Wirtschaft, denn sie sind Wertträger in sich und dienen dazu, der Volkswirtschaft zum Aufblühen zu verhelfen. Die Hätten, die in diesem Landessteuergesetz zu verzeichnen sind, möchten in weitestem Umfang befreit werden. Das gilt ganz besonders von der Aufwertungssteuer für gewerbliche Räume, und zwar gewerbliche Räume in Gebäuden, die nicht belastet gewesen sind mit Hypotheken.

Betrachtet man, wie ich es getan habe, daß Notzeiten der Wirtschaft auch Notzeiten des Staates sind, so darf ohne weiteres die Frage erhoben werden, was leisten nun die wirtschaftlichen Betriebe des Staates. Wir haben bereits gesehen gehört, daß die Erträge der staatlichen wirtschaftlichen Betriebe sich tatsächlich nicht sehen lassen können. Wir verstehen dabei nicht, daß diese wirtschaftlichen Betriebe selbstverständlich unter den gleichen erschwerenden Bedingungen zu leiden haben, wie die übrige Privatwirtschaft. Würde die Privatwirtschaft mit demartig großem wirtschaftlichen Erfolge arbeiten wie sie, der Staat würde noch weniger an Steuererträgen zu verzeichnen haben in seinem Haushaltsplan, als es heute der Fall ist. Das gilt vor allen Dingen von den landwirtschaftlichen Betrieben des Staates, deren Ertrag mit Null eingelegt ist. Man soll nicht mit der Entscheidung kommen, die so oft und immer wieder gebracht worden ist, es handle sich um Betriebe, die wir umstellen müssen. Es ist derartig viel Kapital gerade in die Landwirtschaftsbetriebe gepumpt worden, und seit der Umstellung sind etwa 8 Jahre verlossen, daß man wohl sagen kann, das Ergebnis ist mehr als mäßig.

Und wenn weiter im außerordentlichen Haushaltsplan 1/2 Million angefordert wird, um die Gebäude in Stand zu setzen, so liegt diese Forderung und ihre Kritik auf derselben Linie meiner Betrachtungen. Wir unterstützen die deutsche nationale Forderung nach der Verpachtung dieser Betriebe und erinnern weiter daran, daß auch die Regierung immer noch ihre Stellungnahme schuldig ist gegenüber der Tatsache, daß wir die Landwirtschaftsbetriebe, das Kap. 3, nicht entlastet haben für das Jahr 1924.

Etwas anders liegen die Dinge selbstverständlich beim Eisbad. Das Eisbad wird mit einem Ertrage von 250000 M. eingelegt, das ist etwa 1 Proz. des

investierten Kapitals. Wir werden uns die Bilanz dieses Staatsbetriebes recht genau ansehen müssen, weil wir der Meinung sind, daß in Notzeiten des Staates diese Betriebe ebenfalls auf das schärfste herangezogen werden müssen, um die Lasten der Gesamtheit mildern zu helfen.

Die gewerblichen Betriebe der Bergverwaltung sind ja auch Schmerzenskinder der letzten Jahre und der letzten Haushaltsplanreden gewesen. Die Kalk- und Hartsteinwerke stelle ich bis zu einem gewissen Grade in meinen Betrachtungen auf eine Linie mit den Landwirtschaftsbetrieben. Auch hier habe ich die Überzeugung, daß der Staat wirtschaftlich nicht zu arbeiten versteht, und daß er im Staatsbetriebe mit Bemühungen zu kämpfen hat, die die Privatwirtschaft nicht kennt.

Was die Porzellanmanufaktur Meissen anlangt, so rechnet man haushaltplanmäßig mit einem Umsatze von drei Millionen. Hier die kritische Sonde in der gleichen Weise einzuwerfen wie bei den übrigen Betrieben, wird Aufgabe der Ausschussberatungen sein müssen.

Kunzuden Hätten- und Blausfarbenwerken! Wir sind uns darüber klar geworden, daß es staatspolitisch richtiger ist, diese Betriebe, wenn auch nur mit verhältnismäßig geringen, weiter arbeiten zu lassen, um nicht die in ihnen beschäftigten Personen und die von ihnen abhängigen Wirtschaftskreise der Erwerbslosigkeit oder Verkümmern ihrer Existenz anheimfallen zu lassen.

Was die Frage des Erzbergbaues anlangt, so geht meine Auffassung der Metallpreise dahin, daß sich die Bedingungen und Voraussetzungen, unter denen im vergangenen Jahre die Eröffnung eines Bleierzbergbaues auf dem Halsbrüder Spat abgelehnt worden ist, nicht geändert haben. Was die andere Frage anlangt, ob und inwieweit es zweckmäßig und volkswirtschaftlich zu verantworten ist, den Erzbergbau in anderen Gebieten Sachsens wieder aufzunehmen, mag dahingestellt bleiben.

Wenn in der Haushaltsplanrede des Herrn Finanzministers nun etwas neu war, so die Feststellung, daß die Hätten- und Blausfarbenwerke, die Porzellanmanufaktur, die Kalk- und Hartsteinwerke alle Steuern mit Ausnahme der Vermögens- und Grundsteuer zu tragen haben, also alle jene Steuern, die die Privatwirtschaft ebenfalls belasten. Es scheint also hier doch bei den Finanzbehörden die Auffassung vertreten zu werden, daß die Staatsbetriebe als solche nicht nach jeder Richtung hin von Steuern frei zu bleiben haben. Wir freuen uns dieser Tatsache, denn grundsätzlich treten wir ja, wie Sie wissen, dafür ein, daß der Staatsbetrieb genau in derselben Weise zu arbeiten hat und zu bewirtschaften ist, wie die privatwirtschaftlichen Betriebe.

Das war die erste Gruppe der Staatsbetriebe, mit denen ich mich hier beschäftigt habe, nämlich die Staatsbetriebe, die, nachdem sie nun besteuert werden, wenn auch nicht in vollem, so doch bis zu einem gewissen Umfange, mit den privatwirtschaftlichen Betrieben den Vergleich aushalten. Die zweite und wesentlich größere Gruppe sind die wasserwirtschaftlichen Betriebe. Der Haushaltsplan zu Kap. 6 bringt für mich eine außerordentlich schwere Entlastung. Im vergangenen Jahre wurde dem Haushaltsausschuss B am 1. März eine Denkschrift überreicht, in der Lippe und Klar ausgesprochen ist, die Aktiengesellschaft Sächsische Werke übernimmt die Wasserwerke Klotzsch, Waldenburg, Wurzen und Aue zu einem Pachtpreise von 694000 M. Eingelegt wurden seinerzeit im vergangenen Haushaltsplan 676000 M. In diesem Jahre erfolgt auf diesem Posten ein Abschlag von 126000 M. Ich kann mich nicht erinnern, daß im Ausschuss B im vergangenen Jahre von der Regierung ausgeführt worden wäre, die Beträge mit der Aktiengesellschaft Sächsische Werke seien noch nicht abgeklärt, sondern ich behaupte nach wie vor, daß jeder, der an diesen Ausschussberatungen teilgenommen hatte, die Überzeugung mit nach Hause nehmen mußte, der Abschluß der Beträge ist unter diesen Bedingungen erfolgt. Wird der Preis, wie es von Seiten der Sächsischen Werke für mich durchaus verständlich ist, nunmehr an den Erzeuger- oder den Durchschnittserzeuger gekoppelt, den die Sächsischen Werke für Kraft und Energie erhalten, die aus Dampfmaschinenanlagen kommt, so wird naturgemäß mit der steigenden Erzeugung von Dampfenergie die Wirtschaftlichkeit dieser Betriebe auf schwerste beeinträchtigt werden müssen.

Und nun zum größten wirtschaftlichen Betriebe des Staates, zur A.-G. Sächsische Werke. Für das Geschäftsjahr 1927/28 ist nach dem Haushaltsplan ein Ertrag von 3 Mill. M. Dividende zu erwarten. Wir werden diesen Betrag sehr scharf unter die Lupe nehmen und uns mit der Frage beschäftigen, diesen Betrag um etwa 1 Mill. M. zu erhöhen. Es ist festgestellt worden, daß die Sächsischen Werke von der Kapitalverkehrssteuer für die beiden amerikanischen Anleihen, die sie aufgenommen haben, befreit worden sind, so daß zweimal ein Betrag von etwa 450000 M. erspart worden ist. Diese Beträge sollten dem Lande zugute kommen.

Die Stromabgabe der Sächsischen Werke ist im vergangenen Jahre eine Kleinigkeit herabgegangen. Das findet keine ganz natürliche Erklärung in der wirtschaftlichen Lage des vergangenen Jahres. In einem Artikel der „Leipziger Neuesten Nachrichten“, den ich leider nicht hier habe, hat sich ein Oberingenieur der Thüringischen Gasgesellschaft zur Frage der Tarifpolitik für elektrische Energie vor einigen Wochen oder Monaten

sehr eingehend ausgesprochen. Er kommt zu dem Schluß, daß eine geschickte Tarifpolitik den Verbraucher anreizen müsse, und daß durch eine Niedrighaltung der Tarife dem Verbrauch ein außerordentlich harter Impuls gegeben werden könnte. Es wird auch aus den Kreisen der Wirtschaft und vor allen Dingen aus den Kreisen der Großverbraucher immer wieder darüber geklagt, daß das Entgegenkommen hinsichtlich der Preise noch nicht das sei, was man erwarten müsse, und daß damit die Sächsischen Werke in einer ganzen Reihe von Fällen ihren großen gemeinnützigen Aufgaben, der Gesamtwirtschaft als belebender Faktor zu dienen, noch nicht gerecht werden.

Die Sächsischen Werke fordern nun im außerordentlichen Haushaltsplan die weitere Aufhöhung ihres Aktienkapitals um 15 Millionen. Ich möchte wünschen und hoffen, daß es dem Staate gelingt, im Wege der Anleihe auch diesen Betrag mit zu decken. Ich habe das unbestimmte Gefühl, daß es vielleicht einmal nicht mehr möglich sein wird, auf diesem Wege die erforderlichen Kapitalien zuzuführen, und daß einmal der Zeitpunkt kommen dürfte, in dem die Kapitaldeckung der Sächsischen Werke auf andere Weise in mehr privatwirtschaftlichem Sinne erfolgen muß, als es jetzt der Fall ist. Die Tatsache, daß es dem Reiche gelingt, eine 500-Millionen-Anleihe zu einem außerordentlich günstigen Zinssatz unterzubringen, hat mich außerordentlich bedrückt. Ich glaube, man kann der Auffassung sein, daß der außerordentlich rasche Aufbau der Sächsischen Werke und der damit in großem Umfange rasch aufgetretene Kapitalbedarf zu einem sehr ungünstigen Zeitpunkt aufgetreten ist, und daß es vielleicht möglich gewesen wäre, die 2 Mill. M. unter für die Sächsischen Werke und damit für die sächsische Wirtschaft günstigeren Bedingungen am heimischen Markte unterzubringen. Es gilt ja für die Amerikanerleihe das gleiche, was ich eingangs ausführte: wir werden damit tribut- und zinspflichtig einer fremden Volkswirtschaft, und der Ertrag unserer Arbeit kommt fremden Volkswirtschaften zugute. Daß die Steuerfreiheit der Sächsischen Werke der übrigen Gesamtwirtschaft gegenüber ein Unrecht ist, ist selbstverständlich. Es war mir außerordentlich interessant, von einem kaufmännisch hervorragenden Kopfe dieses Eingekündnis zu hören und damit einen Einwand entkräften zu können, der mir aus den Vorstandskreisen der Sächsischen Werke immer und immer wieder gemacht wird, daß dann, wenn die Steuern in vollem Umfange zu tragen sind, wie sie die Privatwirtschaft trägt, selbstverständlich die Preise in die Höhe gehen müßten. Ich bezweifle das auf das entschiedenste. Wie erheben folgende grundsätzliche Forderung:

Die A.G. ist steuerlich in gleicher Weise zu behandeln, wie jedes privat- oder gemischtwirtschaftliche Unternehmen. Solange sie als sogenannter Versorgungsbetrieb nach Reichrecht steuerliche Vorteile genießt, sind die ihr erlassenen Steuerlasten, wäre sie steuerlich in Betrieben der Privatwirtschaft gleichgestellt, vorweg an den Staat abzuführen, ehe sie ihren Reingewinn berechnet. Damit ist die Vergleichsmöglichkeit mit privatwirtschaftlich geleiteten Betrieben gewährleistet, die allein den Nachteil dafür abzugeben vermag, ein kaufmännisches Werturteil über sie zu fällen und ihre Lebensberechtigung neben der Privatwirtschaft zu beweisen.

Wir haben uns beklagen müssen über Übergriffe der Sächsischen Werke in rein privatwirtschaftliches Gebiet. Der unerhörteste Übergriff der letzten Zeit befiel für mich darin, daß die Sächsischen Werke ein Erholungsheim in Altenberg mit gegründet haben, das sogenannte Raupenneß. Hier ist ein Übergriff in die Privatwirtschaft zu verzeichnen, wie wir ihn bisher noch nicht kennen. Auf Kosten anderer Kreise machen die Sächsischen Werke hier eine wunderbare soziale Werke, auf Kosten anderer Kreise wird die Erholung der Angestellten und Arbeiter hier ermöglicht. Untere Anfrage Nr. 113 wird sich mit der Sache noch eingehend zu beschäftigen haben. Es ist mir hinterbracht worden, daß der Verwaltungsrat der Sächsischen Werke von dieser Gründung nichts gewußt habe. (Hört! hört!) Ob und inwieweit ein Übergriff der Verwaltung vorliegt, kann ich nicht feststellen.

Daß auf dem Gebiete aus dem privaten Inflationsgewerbe immer wieder Klagen kommen, ist eine alltägliche Erscheinung. Hier muß eingegriffen werden, und ich möchte nur den Herren von der Wirtschaftspartei sagen, die sich auch für diese Frage interessieren, daß wir auf diesem Gebiete dauernd gekämpft haben und nicht ermüden werden in diesem Kampfe um das gute Recht der Privatwirtschaft.

Könnte man nun hier feststellen, daß der Staat die Grenzen zwischen Staats- und Privatwirtschaft immer und immer wieder verletzt, so war es uns doch auf der anderen Seite wertvoll, daß er jetzt die Gelegenheit ergreifen will, diese Grenzen einmal auf das schärfste festzulegen. Wir begrüßen es, daß Verhandlungen mit dem Transport- und Expeditionsgewerbe im Gange sind, um die gegenseitigen Beziehungen zwischen dem Kraftverkehr im Freistaat Sachsen und diesem Gewerbe festzulegen. Wir begrüßen es, daß der Kraftverkehr Freistaat Sachsen sich auf den Fernverkehr, die Fernspedition, beschränken will und im übrigen die gesamte Expedition in Städten und Gemeinden dem privaten Gewerbe auch in Zukunft überlassen will.

Für die staatlichen Kraftwagenunternehmungen fordert der außerordentliche Haushaltsplan 1880000 M. Es könnte doch einmal an der Zeit sein, dem Kraftverkehr Sachsen zu überlassen, sich auf privatwirtschaftlichem Wege die erforderlichen Kapitalien zu verschaffen. Der Staat bewilligt dem staatlichen Kraftwagenunternehmen Mittel zum Ausbau des Wagenparks, zum Ausbau der Unterstellhallen, zum Ausbau der Betriebsräume. Diese Wagen werden dann betrieben von der Kraftverkehrsgesellschaft Freistaat Sachsen, die ihrerseits ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen ist, an dessen Erträgen nicht nur der Staat beteiligt ist, sondern die Staatsbank, die Bezirksverbände und auch einige Stadtgemeinden. Wir finanzieren infolgedessen den Ertragsdienst für diese Kreise, wozu wir meines Erachtens keinerlei Ursachen haben.

Und nun noch eine Forderung, deren Berücksichtigung meiner Auffassung nach der Regierung außerordentlich leicht sein wird. In der Einleitung zum Rechnungsbuch werden die Beteiligungen selbst, soweit sie nicht in reinen Staatsbetrieben festgelegt sind, siffernmäßig, wenn ich mich recht erinnere, mit 58 oder 59 Millionen aufgeführt. Es wird gesagt, in diesen 58 Millionen stehen die 40 Millionen Aktienkapital der sächsischen Werke, während über den Rest von etwa 19 Mill. M. Aufschluß nicht gegeben wird. Es bedarf einer kleinen Nähe, auch diese Beteiligungen siffernmäßig klarzulegen, damit man einmal über die Unternehmen einen Überblick hat, an denen der Staat noch beteiligt ist.

Ich möchte mich in meinen Schlussfolgerungen noch mit einigen Äußerungen meiner Herren Vorgesetzten befassen. In der Rede des Herrn Dr. Eberle, den ich ja sehr gern sprechen höre, erklärte er, das Staatsbüßlein leide darunter, daß sein Kurs durch den Kampf um den Kommandoturm dauernd stark beeinträchtigt werde. Er forderte die Führung der Staatsgeschäfte auf lange Sicht, was durchaus die Auffassung ist, unter der die Deutsche Volkspartei in den letzten 3 Jahren in der Koalitionsregierung des alten Landtages mitgearbeitet hat. Aber ich darf doch die Frage aufwerfen: ist diese Forderung mit der Haltung der Deutschen Reichstagsfraktion unbedingt in Einklang zu bringen? Ich möchte das stark verneinen. Wenn man nach den Kriegsmachern im Reiche sieht, so begegnet man in den letzten Jahren zu unserem größten Leidwesen immer und immer wieder den Deutschnationalen. (Mitg. Dr. Kastner: Und Herrn Scholz!) Und wenn sie heute sich dazu bekennen, daß es notwendig ist, die bürgerliche Regierung auf eine möglichst breite Basis zu stellen, so sieht an sich dieser Umkehrung in starkem Widerspruch zu ihrer Haltung im November 1925. Herr Abg. Dr. Dumjahn, der, wie hier behauptet worden ist, die Rede des Herrn Finanzministers in anderer Form wiederholte, hat sich mit einer ganzen Reihe grundsätzlicher Fragen in seiner meines Erachtens abgelesenen Rede beschäftigt. Es wurde behauptet, die Wirtschaftspartei vertrete nicht einseitige Interessen. Meines Erachtens steht diese Behauptung im Widerspruch zu dem Namen der Partei, denn wenn man sich auf eine einzelne wirtschaftliche Schicht beschränkt, so muß diese Beschränkung zu einer einseitigen Interessenpolitik führen. Wenn weiter gesagt worden ist, Politik treiben heißt Dienst am ganzen Volke, so dürfen wir nur darauf hinweisen, daß wir in dieser Teile unsere Aufgabe von jeher erblickt haben und daß wir es gewesen sind, die allen Kreisen des Volkes zu dienen, ernstlich bemüht gewesen sind. Wer kritisch vom industriewirtschaftlichen Standpunkte aus die Rede des Herrn Finanzministers gelesen hat, der muß doch feststellen, daß er für die Belange der sächsischen Industrie, die doch immerhin nicht unerheblich sind, verhältnismäßig recht wenig übrig gehabt hat. Er hat erklärt, daß er die Härten in den Landessteuergesetzen für Handel und Gewerbe und Handwerk mildern wolle. Er hat nicht davon gesprochen, daß er für die Industrie die gleiche Bemühung haben werde. Von den Vertretern der Linken sind wir es gewohnt, daß immer und immer wieder erklärt wird, schuld an diesem Elend, in dem wir heute stehen, ist die kapitalistische Gesellschaft. (Sehr richtig! b. d. Soz. u. b. d. Komm.) Da möchte ich doch das Wort entgegenhalten: die Politik ist das Schicksal! Ich darf da daran erinnern, wer den Versailler Vertrag unterschrieben hat, trotzdem die besten Köpfe der Sozialdemokratischen Partei — ich erinnere an August Winnig — ernsthaft gewarnt hatten. Nachdem durch diesen Schritt der Karren in den Dreck gefahren ist, sollen die bürgerlichen Regierungen ihn wieder herausziehen. (Stürmische Zurufe b. d. Soz. u. b. d. Komm.) Wenn die Massen erst einmal erkennen, wie schlecht sie geführt werden (Lachen b. d. Soz. u. b. d. Komm.), dann werden sie Verständnis gewinnen dafür, daß die Politik einer deutschen Volks- und Schicksalsgemeinschaft die richtige ist, dann werden sie sich abwenden von dem internationalen Getriebe und sich darauf besinnen, daß im Vaterlande die besten Wurzeln der Kraft liegen. (Bravo! b. d. Sp. — Lachen b. d. Soz. u. b. d. Komm.)

Abg. Dr. Schminde (Komm.): Ich habe schon oft darauf hingewiesen, wie die sächsische Regierung und vor allen Dingen die Bürokratie der Ministerien den Landtag mißachtet. Durch die Presse geht eine Nachricht, wonach der bisherige Innenminister Dr. Dehne sein Amt niedergelegt hat. (Abg. Wittcher: Das war das Vernünftige, was er überhaupt bisher gemacht hat!) Darüber wird dem Landtag überhaupt nichts mitgeteilt. Das ist eine Mißachtung des Landtags.

Wie wir weiter aus der Presse hören, wird nun wieder gekuhandelt. Die Aufwärtler wollen Herrn Köhly nicht als Innenminister in Sachsen haben. Wir werden sehen, ob sie diesmal wieder umfallen, oder was werden wird. Jedenfalls geht aus den Umständen hervor, daß die sächsische Regierung ein äußerst labiales Gebilde ist. Die Demokraten sind schon halb aus der Regierung heraus. Es wäre zu wünschen, daß die Demokraten endlich einmal eine gewisse Opposition gegenüber dieser Schärfe der Reaktion fänden, wie sie in den Reden zum Etat hier in Erscheinung getreten ist. Was sich Herr Abg. Dr. Eberle in seinen Forderungen geleistet hat, das ist bezeichnend dafür, wie weit es in Deutschland schon mit der Reaktion gekommen ist, wie weit die rechten Kreise, d. h. die rechtsstehenden

Kreise, die monarchistischen Kreise in Deutschland wieder Oberwasser gewonnen haben. Er verlangt jeden Abbau der Demokratie und damit die Diktatur, eine Diktaturregierung über die breiten Massen des arbeitenden Volkes, um diese niederhalten und besser ausbeuten zu können.

Wenn wir uns nun fragen: wer ist Schuld daran, daß es in Deutschland so weit gekommen ist, daß die Reaktion so gefiegt hat in Deutschland, so muß man dem Herrn Abg. Liebmann recht geben, daß die Schuld trägt die Sozialdemokratische Partei und die Arbeiterklasse, welche versäumt hat, mit der Reaktion in Deutschland aufzuräumen, so muß man recht geben der sozialdemokratischen Volkszeitung, welche sagt, daß die deutsche Bourgeoisie jetzt die Kräfte der Sozialdemokratie nicht mehr nötig hat. (Abg. Liebmann: Schminde, Sie lassen sich wieder mißbrauchen!) Die Erkenntnis kommt aber der Sozialdemokratischen Partei reichlich spät, Herr Abg. Liebmann. Ich möchte bei dieser Gelegenheit eingehen auf einen Vergleich zwischen Sowjetrußland und Deutschland. Rußland war im Weltkrieg unterlegen. Lenin mußte sich damals von der russischen Bourgeoisie nachlassen, daß er paktierte mit dem Kaiser. Aber Lenin wollte nur eine Atempause haben für die russischen Arbeiter und Bauern, um so zur Aufrichtung einer sozialistischen Wirtschaft in Rußland zu kommen, um den Widerstand organisieren zu können gegen den Weltimperialismus. Und er hat mit dieser Parole und der Tatsache, daß er den Friedensvertrag von Brest-Litowsk unterschrieb, der dem russischen Volke ungeheure Friedensbedingungen auferlegte, den Weg geschaffen zur Herrschaft der Arbeiterklasse in Sowjetrußland. Die Sozialdemokratie in Deutschland hatte damals die politische Macht ganz genau so wie die Volksherrschaft in Sowjetrußland in den Händen, die Bourgeoisie lag am Boden. Die Sozialdemokratie hat nicht die Konsequenz gezogen, sie hat den Versailler Frieden unterschrieben und hat dadurch das Obium auf sich geladen, von der Bourgeoisie heute noch angegriffen zu werden als diejenigen, die das deutsche Volk verraten hätten an die Franzosen. Die Sozialdemokratie hat aber nicht das getan, was die Russen getan haben, hat den Versailler Frieden nicht als eine Atempause benutzt, um die Bourgeoisie in Deutschland niederzuschlagen und eine Arbeiterdiktatur zu errichten, wie Sowjetrußland, sondern sie hat im Gegenteil von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr einen Fuß breit politischen Bodens nach dem anderen preisgegeben. Die Bourgeoisie hat die Wirtschaft mit allen Mitteln labotiert. Sie hat die Inflation gemacht und ist gegen die Männer, die die progressive Steuer einführen, mit Attentaten vorgegangen, sie hat Aufstände hervorgerufen, so den Kapp-Putsch und den Hitler-Putsch in München, und ist auch politisch vorgegangen. Und als wir 1923 dann an dem Punkte waren, wo die Währung vollständig verfallen war, wo die Wirtschaft vollständig desorganisiert war, taten die Sozialdemokratie in Deutschland, die immer noch eine riesige Machtposition hatte, und die Gewerkschaften, deren Führer doch die Sozialdemokratie waren, nicht dasselbe, was Rußland getan hatte, sie verhängten nicht kraft ihrer Machtposition die Diktatur über die Bourgeoisie, um so weiter zu gehen zum Sozialismus sondern da verhängten sie über die deutsche Arbeiterklasse den Belagerungszustand, die Diktatur. Dann ließ Ebert nach Sachsen und Thüringen die Reichswehr einmarschieren und die Arbeiterklasse niederzuschlagen. Liebmann hat ganz recht, daß von diesem Tage an, nämlich vom Jahre 1923, die Verhältnisse in Deutschland vollständig umgekehrt wurden. Von diesem Tage an ist die deutsche Republik nicht mehr die Republik, von der die Arbeiter erwarten, daß sie eine Republik im Interesse der Arbeiter sei, die zum Sozialismus führen soll, sondern von diesem Tage an ist die deutsche Republik die Republik der kapitalistischen Klasse, eine Republik, welche von Monat zu Monat immer mehr zu einem starken Bollwerk der kapitalistischen Klasse, der Reaktion, ausgebaut wird.

Und was tut die Sozialdemokratie jetzt gegenüber der Reaktion? Herr Liebmann hat eine sehr feurige Rede im Parlament gehalten und hat von parlamentarischen Mitteln gesprochen, die wir anwenden müßten, um der Reaktion zu begegnen. Er hat gesagt, daß die Regierung sich hier auf die vier Aufwärtler stütze. Das ist allerdings eine politisch sehr primitive Auffassung. Diese Regierung in Sachsen ist doch in Wirklichkeit der Ausdruck der herrschenden Wirtschaftsgruppen in Sachsen, des sächsischen Industriellenverbandes, und wenn diese vier Aufwärtler hin und her schwanken, so sind sie nur der Ausdruck der schwankenden politischen Haltung der Mittelklassen, die bald zur Bourgeoisie neigen, bald zum Proletariat.

Nun ein Wort zur A.S.P.! Die A.S.P.-Leute sind nicht so schwankend wie die vier Aufwärtler, sondern sie haben eine deutliche scharfe politische Linie, die sie niemals verlassen haben, und sie sind ihren Weg konsequent weitergeschritten, aber den Weg vorwärts im Interesse der Arbeiterklasse niemals, sondern nur im Interesse der Bourgeoisie. Kürzlich hatte ich Gelegenheit, einen alten italienischen Politiker zu sprechen, der 20 Jahre im italienischen Parlament sitzt und der italienischen-katholischen Volkspartei angehört. Wir sprachen über den Faschismus und Mussolini, und ich fragte ihn: welche Partei in Deutschland kann man denn mit der faschistischen Partei in Italien gleichstellen? Da sagte er mir: das ist sehr einfach, das ist die A.S.P. in Sachsen. (Lachen b. d. Soz. u. Komm.) Die geht ebenso wie die Partei Mussolinis hervor aus der Arbeiterklasse. Auch die Führer der Partei Mussolinis waren früher Führer der Partei der Arbeitervertreter. Mussolini selbst war ein bekannter Führer der italienischen Sozialdemokratie und Chefredakteur des Avanti. Die A.S.P. in Sachsen kennzeichnet den Weg, den Mussolini begangen hat. Wir haben aber nicht nur A.S.P.-Leute in Sachsen, es gibt nicht nur solche Leute wie Heldt und Bette in Sachsen, sondern auch im Reiche. Wir haben da einen Kocke, der ein ganz typischer Vertreter dieser Richtung ist, einen Ebert, der ein ebenso typischer Vertreter dieser Richtung war. Das haben die deutschen Industriellen auf ihrer Tagung in Dresden bezeugt, wo sie mit lautem Beifall, Getrampel und Getöse Ebert gefeiert haben als einen

der Krigen. Was heißt das? Kann ein Vertreter der Arbeiterklasse gefeiert werden von der Bourgeoisie mit lautem Getöse und Getrampel? Das ist der Beweis, daß die Bourgeoisie in Deutschland anerkennt, daß diese Leute ihre Kriustruppen sind, daß es ihre Leute sind, und solche Leute sind noch mehr in der deutschen Sozialdemokratie. Die Aufgabe der sozialdemokratischen Fraktion und der linken Führer der Sozialdemokratie müßte in diesem Augenblick, wenn sie wirklich kämpfen wollen gegen die Reaktion, die sein, mit diesen Leuten aufzuräumen in der Sozialdemokratie und sich von diesem Gefindel zu trennen, welches nichts anderes tut, als die Arbeiterinteressen an die Bourgeoisie zu verraten.

Hat Herr Liebmann denn gesagt, daß er einen Sturm gegen die Reaktion organisieren will? Nein, es waren prächtige Worte, die er gesagt hat; aber ich erinnere daran: hat jemals die linke Sozialdemokratie in Sachsen, welche im Parlament sehr radikal redet, irgend etwas getan, um wirklich den Sturm der Arbeiter gegen die Reaktion zu entfachen? Wir haben sie wiederholt aufgefordert — z. B. bei der Bildung dieser Bürgerblockregierung —, mit uns gemeinsame Demonstrationen zu machen, irgend etwas zu unternehmen, daß die Arbeiterklasse in Bewegung kommt gegen die Reaktion. Sie haben auf alle unsere Forderungen geschwiegen und sind auf alle unsere Forderungen nicht eingegangen. Große, schwabronierende Reden, spießbürgerliche Aufwallungen im Parlamente, ein Niesentadaumachen im Parlament, das ist alles, was Sie tun (Lachen und Zurufe b. d. Soz.), aber Sie tun nichts, um die Massen außerparlamentarisch irgendwie in Gang zu bringen. (Zurufe b. d. Soz.: Und was tun Sie?) Wir fordern bei jeder Gelegenheit die Massen auf zu Demonstrationen, und unsere Demonstrationen sind stark besucht, aber es ist klar, wenn Sie mit uns zusammenhängen, wenn wir in einer Einheitsfront zusammenhängen gegen den Bürgerblock, wir bei dem Niesentadaumachen, den Sie in den Gewerkschaften besitzen, mit diesen außerparlamentarischen Mitteln mehr machen würden, wie mit den radikalsten Reden im Parlament. Es ist eine Schande, wenn man sich vorstellt, daß 70 Proz. der Bevölkerung sächsischer Arbeiter und Angestellte sind, die schwer Not leiden, und daß so eine Gesellschaft, wie sie hier rechts sitzt, eine Regierung bilden darf. Die Schuld daran hat die Sozialdemokratische Partei, weil sie nicht in einer Einheitsfront mit den Kommunisten zusammen marschiert gegen den Bürgerblock in Sachsen. (Zuruf b. d. Soz.: Klagen Sie sich selbst an! — Lachen und Zurufe rechts.)

Ich komme nun zu dem Herrn Finanzminister Weber. Herr Weber ist, bevor er in den Landtag gewählt wurde, im Lande unpopulärer und hat in Versammlungen geredet, hat Demonstrationen des Mittelstandes angeleitet gegen die Steuern, unter denen der Mittelstand zusammenbricht. Er hat überall geschrien und gemauert, und ich möchte ihn vergleichen mit einem kleinen Baby, das auch schreit, und dann kommt die Amme und gibt ihm die Milchflasche und kopft ihm den Mund, und es ist ruhig. Auch Herr Weber hat die Milchflasche bekommen, er ist Minister geworden und ist ganz ruhig geworden. (Heiterkeit) Er ist heute nicht mehr der Mann, der schreit gegen all die drückenden Steuern, welche den Mittelstand vernichten, er ist heute Finanzminister, und als Finanzminister hat er natürlich diese Weisheit des hohen Staatsbeamten eingelesen, er kennt heute die Staatsbelange, welche unter Umständen im Widerspruch stehen zu den Interessen des Mittelstandes, und da muß man natürlich abwaschen. So ist er heute weit davon entfernt, alles das durchzusetzen, was er früher mit so berechtigten Worten gefordert hat.

Nun hat er aber vielleicht doch etwas für den Mittelstand getan, für gewisse Schichten, er will doch die Zwangs- und Wirtschaft aufheben, und nach der Aufhebung der Zwangswirtschaft, schreit ja die Interessengruppe der sächsischen Hausbesitzer. Aber wenn wir uns solche Versammlungen ansehen von Gewerbetreibenden, wie sie hier in Dresden stattgefunden haben, wo diese Geschäftsleute, die Ladenbesitzer darin sind, und hören, wie diese Leute eine Furcht haben vor der Aufhebung der Zwangswirtschaft in Bezug auf die Gewerbetriebe, wie sie ihre Existenz vernichtet zu sehen glauben, dann sieht man, daß er nur im Interesse einer ganz kleinen Mittelschicht, nämlich der Hausbesitzer handelt, daß aber breite Schichten des Mittelstandes gegen diese Politik sind. Die Hausbesitzer haben ein Interesse an der Erhöhung der Mieten. Das nennen sie Gesundung der Wirtschaft. Aber ist das Gesundung für die breiten Massen, für die 70 Proz. der Lohn- und Gehaltsempfänger in Sachsen? Nein, diese Leute müssen unter der Gesundung der Wirtschaft leiden und krank werden. Die Gesundung der Wirtschaft steht im diametralen Gegensatz zu der Gesundung der breiten Massen und der Bevölkerung. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir sehen, daß die Gesundung der kapitalistischen Gesellschaft, d. h. die Erhöhung der Profite, das Steigen der Dividenden usw. dazu führt, daß auf der anderen Seite die breiten Schichten der Bevölkerung mehr leiden müssen, mehr unterdrückt werden und gesundheitlich geschädigt werden. Die Mittelschichten werden mit einem Steuersystem belastet und werden sich betrogen fühlen durch eine Politik, und die mittleren Schichten werden massenhaft aus der Wirtschaftspartei hinauslaufen, weil sie erkannt haben, daß diese Partei ihnen auch nicht nützen kann.

Wenn wir uns nun weiter ansehen, wie in den letzten Jahren, gerade im letzten Jahre, die Wohlfahrtspflege abgebaut wird, so ist vielleicht eine Tatsache dafür kennzeichnend, daß die Jugendämter, wie kürzlich in einer Versammlung von autoritativer Seite gesagt wurde, heute kein Geld mehr hätten, um die Stabkinder, die so notwendig aufs Land müssen, in diesem Sommer aufs Land schicken zu können. Die Wohlfahrtspflege ist doch ohne Zweifel die allerbeste Schutzmaßnahme. Denn wenn man etwas für die Gesundheit der Kinder tut, dann spart man nachher an allen Ausgaben, die man machen muß notwendigerweise für die krankgewordenen, für die verkrüppelten Romantiker.

(Fortsetzung in der nächsten Beilage)